

Der tz-Kommentar: Jens Spahns Forderung nach Kürzung der Sozialleistungen

## Gruselige Sozial-Vision

Jens Spahn sieht sich als Zukunftshoffnung der Union. Das befeuert er, indem er sich mit möglichst radikalen oder schrägen Wortmeldungen in die Schlagzeilen kämpft: So mag man darüber noch spotten, dass der 37-Jährige altväterlich junge Berliner Hipster attackiert, weil die mit zu viel Englisch die „teutsche“ Sprache beschmutzen würden. Aber das Lachen vergeht einem, wenn man die sozialpolitischen Visionen des CDU-Präsidiumsmitglieds hört: Der Mochteger-Nachfolger von Angela Merkel fordert allen Ernstes, die Sozialausgaben zu kürzen, um Trumps Wunsch zu erfüllen, die Rüstungsausgaben drastisch zu erhöhen. Vielleicht sollte Spahn mal einen Blick auf die Zahlen des Statistischen Bundesamts zu den Sozialkosten werfen: Jahr für Jahr muss der Staat hier mehr zuschießen, vor allem, weil

immer mehr ältere Menschen mit ihrer kargen Rente die ins Uferlose steigenden Mieten nicht mehr bezahlen können.



Klaus Rimpel

» **Unbezahlbare Mieten und Pflegeheime: Wo will Spahn da sparen?** «

Und weil die Pflegeheime selbst für Bezieher einer durchschnittlichen Rente ohne zusätzliche Hilfe des Staates oder der eigenen Kinder nicht mehr zu bezahlen sind. Wo will Spahn da kürzen? Die Kanzlerin hat ihren forschen Parteifreund in Sachen Sozial-

Kahlschlag zurückgepfiffen. Aber die Aussicht auf die Union nach Merkel lässt einen gruseln, sollten Politiker wie Spahn das Ruder übernehmen: Karrieristen, die das Leben jenseits der Politik nicht kennen. Und die deshalb keinerlei Gespür für die Nöte derer haben, bei denen nicht immer alles so glatt im Leben läuft wie bei „Polit-Hipster“ Spahn.



tz-Zeichnung: Hatzinger



## Altersarmut

## Pflegezuschuss

# Sozialhilfe-Ausgaben steigen immer mehr

Die Alterung der Gesellschaft, aber auch die allgemeinen Preissteigerungen lassen die Sozialhilfe-Ausgaben immer weiter steigen! Laut Statistischem Bundesamt hat der deutsche Staat im vergangenen Jahr 29 Milliarden Euro für Sozialhilfe ausgegeben, 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr. In den alten Bundesländern wurden Sozialhilfeleistungen in Höhe von gut 24 Milliarden Euro gezahlt, in den neuen einschließlich Berlin etwa fünf Milliarden. Die dicksten Brocken im Einzelnen:

■ **Pflege:** Besonders hoch war der Anstieg bei Hilfen für die Pflege: Die Ausgaben stiegen um 6,4 Prozent auf 3,8 Milliarden Euro. „Hier muss vor allem bei der stationären Pflege Geld zugeschossen werden, weil die Pflegeversicherung nicht reicht, um die Kosten zu decken“, erklärte VdK-Präsidentin Ulrike

ke Mascher der tz. „Immer weniger pflegebedürftige Menschen können für ihren eigenen Unterhalt sorgen“, so Eugen Brysch von der Deutschen Stiftung Patientenschutz. „Fast die Hälfte der Pflegeheimbewohner ist auf den Staat angewiesen. Das ist demütigend!“ Im Jahr 2015 waren 2,86 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig – 8,9 Prozent mehr als noch im Jahr 2013.

■ **Grundsicherung im Alter:** Dafür mussten 2016 rund 6,1 Milliarden Euro ausgegeben werden. Das war ein Anstieg um 2,4 Prozent. „Hier spiegeln sich die vor allem in Ballungsräumen wie München erheblich steigenden Wohnungskosten wider“, so VdK-Präsidentin Mascher. „Die Grundsicherung berechnet sich ja aus dem Regelsatz plus Wohnungskosten plus Heizung.“

Es zeigt deutlich, dass die Vorstellung, Altersarmut sei kein Thema, einfach nicht stimmt.“

■ **Eingliederungshilfen für Behinderte:** Dafür wurden insgesamt 16,5 Milliarden Euro ausgegeben. Das ist ein Anstieg im Vergleich zu 2015 um 5,3 Prozent. Ende 2015 lebten 7,6 Millionen schwerbehinderte Menschen in Deutschland.

■ **Sonstiges:** Insgesamt 1,2 Milliarden Euro wurden für Hilfen zur Gesundheit, für Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie Hilfe in anderen Lebenslagen ausgegeben. In Hilfen für den Lebensunterhalt flossen 1,4 Milliarden Euro. KR

Hinter den nackten Zahlen des Statistischen Bundesamts stehen Schicksale – wie das der 73-jährigen Ernestine Hristopoulos. Die Münchnerin muss ihre 560 Euro Rente aufstocken: Die Grundsicherung bezahlt ihre Miete, 55 Euro Heiz- und Warmwasserkosten sowie ihre Krankenversicherung. Trotzdem bleiben ihr – nach 40 Jahren Arbeit als Bedienung – gerade mal 150 Euro zum Leben. „Ich kauf halt die billigen, abgelaufenen Sachen. Die im Supermarkt haben mir

## Leben mit 150 Euro im Monat

gesagt, das kann man unbedenklich essen“, erzählt die 73-Jährige.

Problematisch wird es für die Rentnerin, wenn unvorhergesehene Kosten dazu kommen: „Gestern kam die Rechnung, dass ich 206 Euro für Strom nachzahlen muss“, so Hristopoulos. „Das Geld muss ich in Raten zahlen – wofür dann aber noch einmal 20 Euro Gebühr dazu-

kommen.“ Vom Verein Ein Herz für Rentner bekommt die 73-Jährige – nach einer Soforthilfe von 100 Euro – 38 Euro monatlich aus einer Patenschaft. Ein kleines Zuckerl für die Frau, die schwer herzkrank ist und bei der kürzlich zum dritten Mal Krebs festgestellt wurde. Trotzdem: „Mal im Café sitzen und eine Torte essen, das ist leider nicht drin,

so sehr ich mir das wünschen würde“, sagt die 73-Jährige, die seit 35 Jahren in München lebt. Was sich die Rentnerin von den wahlkämpfenden Politikern erwarten würde? „Dass die Renten mal so richtig steigen! Und dass die Mieten endlich wieder bezahlbar werden!“ KR

Ernestine Hristopoulos wird vom Verein „Ein Herz für Rentner“ unterstützt  
F: Westermann

## Mütterrente? Nicht für Arme!

Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbandes VdK, ärgert vor allem, dass bei Grundsicherungs-Empfängerinnen die Mütterrente mit der gesetzlichen Rente verrechnet wird. „Das heißt, bei diesen Frauen kommt kein einziger Euro mehr als bisher an“, so Mascher. Mascher berichtet von einem konkreten Beispiel einer Münchnerin, die beim VdK Mitglied ist:



VdK-Chefin Ulrike Mascher

Höhe der Grundsicherung beträgt in München 430 Euro – übrigens 21 Euro mehr als der bundesdeutsche Regelsatz –, hinzu kommt die Übernahme der Mietkosten. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, dass in München niemand von 430 Euro gut leben kann, selbst wenn

die Miete bezahlt ist. Schon gar nicht, wenn, wie bei ihr, viele Medikamente von der Kasse nicht bezahlt werden, die Wege immer beschwerlicher werden und ein dringend benötigtes Paar Stiefel über viele Monate abgestottert werden muss.

Diese Rentnerin hat zwei Töchter, beide vor 1992 geboren. Sie bekommt also eine Mütterrente von 124,12 Euro für insgesamt vier Rentenpunkte, die sich aus zweimal zwei Kindererziehungsjahren ergeben. Dieser Betrag wird bei ihr aber mit der Grundsicherung verrechnet! Sie sieht keinen

Euro davon. 124,12 Euro mehr im Monat auf dem Konto zu haben, wäre für diese Frau eine große Erleichterung! Und nicht nur das: Mit der Einführung des von uns geforderten Freibetrags bei der Grundsicherung für die Mütterrente bekäme diese Frau endlich auch die verdiente Anerkennung für ihre besondere Lebensleistung. Die bleibt ihr jetzt nämlich verwehrt. Doch Kinder großgezogen zu haben, darf nicht weniger wert sein, als über einen Versicherungskonzern eine private Altersversorgung abgeschlossen zu haben.“

